



„Die ganze HHLA-Verkaufsaktion war dilettantisch geplant“

Spitzenkandidat Dr. Michael Naumann erläutert exklusiv Eckpunkte seines Wahlkampfes

Herr Dr. Naumann: 60 Prozent der Wähler haben in Bremen links gewählt, soziale Themen haben eine starke Rolle gespielt. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus dem Wahlausgang?

Naumann: Die Wahlbeteiligung von 58 Prozent ist ärgerlich. Womöglich hat die Wählerabstinenz daran gelegen, dass die Polarisierung zwischen den beiden Volksparteien nicht deutlich genug war. Die Mehrheit der Nichtwähler war vielleicht der Meinung: „Das wird eh so weitergehen mit der großen Koalition und das ist in Ordnung“. Insofern stimmt die These von dem „Linksrutsch“ nicht, sondern was wir erlebt haben, ist eine interessante Wandlungsbewegung von Protestwählern zur Linkspartei. Wie auch immer – die SPD ist weiterhin Regierungspartei und wird mit den Grünen koalieren.

Wird es von Ihnen eine Koalitionsaussage vor der Hamburg-Wahl geben?

Naumann: Es wird keine Koalitionsaussage von mir geben vor der Wahl, weder in Richtung große Koalition, noch in Richtung FDP, auch nicht in Richtung Grüne. Wir führen ganz klar keinen La-

gerwahlkampf. Keine Partei hat Wählerstimmen zu verschenken.

Sie halten das Bremer Ergebnis der Linkspartei für einen Ausdruck von zu schwacher Polarisierung. Was wollen Sie in Hamburg anders machen?

Naumann: Im Hamburger Wahlkampf werden wir laut und deutlich darauf hinweisen, dass der CDU-Senat eine Reihe hanebüchener Entscheidungen getroffen hat, vom LBK-Verkauf zu Bedingungen, die an Verschleuderung von Volksvermögen erinnern, bis zur Abschaffung der Umweltbehörde und, das erstaunt doch sehr, des Korruptionsregisters. Nur das eigene Sündenregister hat die Union im Rathaus behalten um es weiter auszubauen. Ein paar Stichworte: HHLA-Verkaufsabsicht oder Ansiedlung eines gigantischen Kohlekraftwerks in der Stadt wider alle ökologische Vernunft, eine offenkundig gescheiterte Universitätsreform, ein unterfinanzierter U-Bahnbau...na ja, wir wollen hier kein ganzes Buch füllen. Im übrigen: Die Themen, die sich die Linkspartei aufs Pannier geschrieben hat, die eigentlich ureigene sozialdemokratische Themen sind, nämlich sozia-

le Gerechtigkeit, Chancengleichheit im Bildungsbereich, sind von dieser eigentümlichen Splitterpartei nicht zu realisieren. Zumal nicht von einer Partei, die in Hamburg von alten DKP-Kadern geführt wird. Die sind Vergangenheit, genauer gesagt gescheiterte Vergangenheit. Wir werden Arbeitsmarktprogramme auflagen in einer Höhe von ungefähr 100 Millionen Euro, um die Versäumnisse des CDU-Senats wettzumachen. Die Forderung nach Mindestlohn wird von uns forciert vorgetragen werden. Wir werden die Daseinsfürsorge für die Alten der Stadt verbessern – unter anderem durch eine neue, soziale Wohnungsbaupolitik. Die Beust-Regierung hat die einfach fallen gelassen.

Wie stehen Sie zu einer persönlicheren Profilierung im Sinne einer Verkürzung „Ole gegen Michael“?

Naumann: Was ich bedauere, ist dass die Wahlkämpfe personalisiert werden in einer Art und Weise, die wohl nicht mehr zurückzudrehen ist. Ich werde dagegen die Sachprobleme, die wir in der Stadt haben und die von der CDU aus meiner Sicht vernachlässigt worden sind, thematisieren.

Inhalt

„Die ganze HHLA-Verkaufsaktion war dilettantisch geplant“

Wichtiger denn je: Politik vor Ort

Interview Michael Naumann
Fortsetzung

Kaum ist die Tinte trocken...

Verfall der Sitten – die Zweite

Senat kann nicht rechnen

Wer stellt wann wen auf?...

Sie haben in einem Interview gesagt: „Die Mehrheit der Bürger ist im Herzen immer noch sozialdemokratisch.“ Wie wollen Sie die Herzen der Menschen erreichen?

Naumann: Ich komme aus einer bürgerlichen Familie, die nach Kriegsende und Flucht aus der DDR eine klassische Absteiger-Familie wurde und habe aufgrund meiner kindlichen Sozialisation gelernt, was es heißt, arm zu sein, abgehängt zu sein und sich durchzubeißen. Wenn ich das nicht verhehle, dann werde ich viele Wähler ansprechen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben. Damit meine ich auch den gesamten Mittelstand, der in den letzten 15 Jahren negative Gehaltserfahrungen gemacht hat. Herzen der Wähler gewinnt man am besten, indem man sich nicht verstellt und ihre Probleme ernst nimmt, anstatt sie in einem Phrasenmeer von unverbindlichen Slogans zu versenken. Ich möchte aber durch

Fortsetzung auf Seite 4



Landesparteitag beschließt Programm- Leitlinien für die Kommunalwahl 2008

Stark für Gerechtigkeit, Sicherheit und Zukunft! Wichtiger denn je: Politik vor Ort

Unter der Überschrift „Mehrheit 2008“ hat die SPD am 24. und 25. März die ersten Schritte zur Vorbereitung der Kommunalwahl am 25. Mai 2008 getroffen. In einer Zeit, in der Geld, Waren, Dienstleistungen und Technologien keine Grenzen mehr kennen, ist es Ziel kommunaler Politik, das zu fördern, was hier bei uns seine Heimat hat: die Menschen mit ihren Familien, ihrer Arbeitskraft, ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen, mit ihrer Umwelt und besonderen Kultur. Rund 2/3 aller öffentlichen Investitionen werden in unseren Kommunen vorgenommen. Die SPD will diese Investitionskraft vor Ort so einsetzen, dass die Lebensqualität verbessert und zugleich ein Beitrag für die demografischen, sozialen und ökologischen Aufgaben geleistet wird. Dabei geht es darum, in den Kommunen ein demokratisches und solidarisches Miteinander der Generationen zu organisieren.

Demokratie als Lebensform wiederentdecken

Demokratie heißt mitreden und mitentscheiden. Kommunalpolitik kommt nur dann zu guten Ergebnissen, wenn die Bürgerinnen und Bürger von Zuschauern zu selbstbewussten und anerkannten Akteuren werden. Die SPD hat eine Reihe vorbildlicher Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung an der Kommunalpolitik geschaffen. Dies gilt auch für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalpolitischen Entscheidungen.

Für soziale Gerechtigkeit sorgen

Heute vergrößert sich der Abstand zwischen arm und reich wieder, und immer mehr Menschen fühlen sich von sozialem Abstieg und Ausgrenzung aus unserer Gesellschaft bedroht. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, dass alle Menschen selbstbestimmt leben können. Dies vor Ort zu erreichen, ist die Kernaufgabe sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Solidarität heißt mehr miteinander statt gegeneinander

Ohne freiwilliges Engagement könnten unsere Gesellschaft und Demokratie nicht existieren. Wir wollen das Zusammenleben und die Solidarität der Generationen in den Städten und Gemeinden unseres Landes neu beleben. Dem Staat bleibt dabei die Verantwortung für öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen.

Unsere Zukunft: Familien, Kinder und Bildung

Wir Sozialdemokraten wollen unsere Kraft darauf lenken, mehr Plätze in Kinderkrippen und Kindertagesstätten, weitere Horteinrichtungen und Ganztagschulen zu schaffen. Familie und Beruf lassen sich nur dann vereinbaren, wenn die Kinderbetreuung sichergestellt ist. Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung stehen für uns gleichrangig nebeneinander und bilden die Voraussetzung für die Chancengleichheit aller Kinder. Die SPD setzt



Der Landesparteitag am 24. und 25. März in Neumünster traf mit der Annahme des Antrags K1 wichtige Entscheidungen zur Vorbereitung der Kommunalwahlen im Mai 2008

sich dafür ein, die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten mittelfristig und schrittweise abzuschaffen und allen Kindern nach dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung zu garantieren. Mit dem neuen Schulgesetz von 2007 hat sich die SPD mit einer weitgehenden Reform unseres Schulsystems durchgesetzt. Auf Antrag der kommunalen Schulträger können Gemeinschaftsschulen errichtet werden. Das Schulsystem wird so leistungsstärker und sozial gerechter. Die SPD setzt sich für die Rücknahme der 30-%-Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten ein.

Die Vielfalt kultureller Angebote in den Kommunen ist für Sozialdemokraten wichtiger Bestandteil des Zusammenlebens. Diese gilt es zu pflegen und zu fördern. Das Büchereiwesen in Schleswig-Holstein darf nicht

durch Sparmaßnahmen gefährdet werden.

Impressum

V.i.S.d.P.: Andreas Breitner, SGK Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.

SGK Schleswig-Holstein e.V.
c/o SPD-Büro Schleswig, Königstraße 4, 24837 Schleswig, T. (046 21) 27110, Fax: (04621) 29345.
Redaktion: Gerhard Schulz, Thies Thiessen, Dieter Juhls

SGK Hamburg e.V.
Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg, % (040) 28 08 48 74, Fax (040) 28 08 48 18,
Redaktion: Stefan Krappa, Thomas Domres

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, T. (030) 25594-100, Fax (030) 25594-192, Anzeigen: Henning Witzel, Litho: DVT GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 29, 10178 Berlin, Druck: Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20, 38112 Braunschweig

1/1 Anzeige 4c
Lexis-Nexis

Engagiert für ein gutes Zusammenleben von jung und alt

Die Zahl der älteren Menschen in Schleswig-Holstein wird bis 2030 stark ansteigen. Wohnen, Gesundheit und Verkehr sind Bereiche, in denen wir alters- und behindertengerechte Infrastrukturen und Dienstleistungen schaffen müssen. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, dass der Staat alles unternimmt, um sie vor Gewalt, Schaden und Straftaten zu schützen. Das Sicherheitsgefühl in den Städten und Gemeinden zu verbessern, ist ein Grundanliegen sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Die SPD unterstützt die Kreisgebietsreform. Mit größeren Kreisen und Verwaltungen können erhebliche Mittel eingespart werden, die wir künftig in ande-

re kommunale Aufgaben, soziale Dienstleistungen, Bildung und Kinderbetreuung investieren wollen. Die Sozialdemokratie ist aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen. Vordringliches Ziel bleibt für uns daher, arbeitslose Menschen in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Integration sichert sozialen Frieden

Integration ist eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit. Ihr Gelingen entscheidet mit über den sozialen Frieden in unseren Städten und Gemeinden. Wir werden kommunale Integrationskonzepte erarbeiten, in denen die Aktivitäten der freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen und anderer ehrenamtlicher Organisationen, der örtlichen Wirtschaft und der Bildungsträ-

ger gebündelt und koordiniert werden. Wer bei uns lebt und qualifizierte Arbeit finden will, muss Deutsch sprechen und verstehen können.

Die Existenzfrage für unsere Zukunft: Nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik

Umwelt- und Klimaschutz sind heute und morgen die entscheidenden Existenzfragen der Menschheit. Energie ist ebenso wie Luft, Wasser und andere natürliche Ressourcen Lebensgrundlage unserer Zivilisation.

Global denken, lokal handeln

Bei der Erzeugung und Nutzung von Energie und Rohstoffen muss der Ausbau der Kreislaufwirtschaft voranschreiten. Der Anteil erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe

muss weiter steigen. Wir leisten damit einen Beitrag, den im Energiekonsens beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie umzusetzen. Im Interesse von Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie müssen die Kommunen auf ihre Stadtwerke ausreichenden Einfluss behalten. Energiesparen, der Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung schützen das Klima und schaffen neue Arbeitsplätze in der regionalen mittelständischen Wirtschaft. Mit kommunalen Naturschutzstrategien wollen wir dazu beitragen, die Natur mit ihrer einzigartigen Vielfalt und ihrem faszinierenden Artenreichtum zu bewahren, um so die Lebensqualität auch für unsere Kinder und Enkel dauerhaft zu erhalten.

Thies Thiessen,
Gerhard Schulz



Interview Michael Naumann

Fortsetzung von Seite 1



Argumente, nicht durch Marketinglogans Wählerstimmen gewinnen.

Thema Elbvertiefung: Die CDU-Ministerpräsidenten Wulff, Carstensen und Beust haben sich offensichtlich nicht abgesprochen. Könnte das für Hamburg existenziell gefährlich werden?

Naumann: Die Äußerung von Wulff zeigt mir, dass er seinen Freund aus der Andorra-Verbindung aufgegeben hat, denn sonst würde er sich nicht gegen ihn stellen. Die Elbvertiefung ist für Hamburg absolut essentiell, sonst verlieren wir den Wettbewerb mit Rotterdam. Wir reden hier von tausenden von Arbeitsplätzen.

Es ist die Rede von Kooperation zwischen den norddeutschen Häfen. Ist das realistisch?

Naumann: Die Kooperation gibt es zumindest auf dem Gebiet der Logistik. Der Bund wird die so genannte „Y-Spange“, die sowohl Wilhelmshaven, als auch Ham-

burg bedient, bauen. Das ist eine Bahnstrecke, die den Abtransport der Container beschleunigt und vor allem die anderen Schienenstrecken entlastet. Hamburg hat einen unheimlichen Platzvorteil. Wir liegen 100 Kilometer weiter im Land und den Vorteil kann Wilhelmshaven nicht so schnell wettmachen. Eine Kooperation wird es wohl vor allem im gemeinsamen Auftreten beim Bund und in Brüssel geben können.

Der Senat setzt auf teure Großprojekte. Ist das aus Ihrer Sicht ausreichend?

Naumann: Hamburg ist nach dem Krieg der Stadtentwicklungsmaxime gefolgt: Wiederaufbau, Modernisierung, zentralisiert geplante Modernisierung. Jetzt entdeckt Hamburg mit seiner großartigen architekturhistorischen Tradition etwas Neues. Ich nenne es das „Bilbao-Syndrom“. Man baut ein signifikantes Baudenkmal hin, die Elbphilharmonie. Aber auch hier stellt sich dann sofort die Frage: Ist

das ganzheitlich gedacht? Ganzheitlich heißt: was bedeutet das für die vorhandenen Musikspielstätten? Was bedeutet das nicht nur für den Kultur-Haushalt? Ich frage mich, ob der Senat bereit ist, den Kulturetats der Stadt nicht zu schrumpfen, wie das in der Vergangenheit der Fall war, sondern massiv zu erhöhen.

Würden die Bezirke davon auch profitieren können mit ihrer Stadteilkultur und den Bücherhallen?

Naumann: Die Offenheit der Menschen für kulturelle Angebote lässt sich nicht dekretieren. Sie muss durch kulturpädagogische Arbeit in den Quartieren erzeugt werden. Das ist die Aufgabe von so genannter Stadteilkultur und hier spielen die Bücherhallen eine zentrale Rolle. Ihre Etats werden

erhöht werden, das verspreche ich Ihnen.

Der Senat ist dabei, Aktien der HHLA an den Markt zu bringen. Wie stehen Sie dazu?

Naumann: Ich war wie unsere Bürgerschaftsfraktion der Meinung, dass die Reinvestitionen und Infrastrukturmaßnahmen aus den Gewinnen der HHLA und Steuergeldern heraus hätten finanziert werden können. Der Senat hat die Kosten hochgerechnet, um den Verkauf zu rechtfertigen. Ich persönlich halte das für hochproblematisch.

Vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellten Stefan Krappa und Thomas Domres.
Fotos: Bülent CiftlikInt



Kaum ist die Tinte trocken... Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung wird zur Koalitionsfrage

Knackpunkt bei den Koalitionsverhandlungen der schwarz-roten Koalition in Schleswig-Holstein im Jahre 2006 waren die Kosten für die Schülerbeförderung, wobei die Koalitionäre völlig gegensätzliche Positionen einnahmen. So hatte die CDU in ihrem Landesausschuss am 13. Juni 2006 die ersatzlose Streichung des § 80 des damaligen Schulgesetzes beschlossen. Demnach hätte es nach dem Willen der CDU gar keine Regelung für die Schülerbeförderung mehr gegeben. Die CDU glaubte hierdurch die kommunale Handlungsfähigkeit zu stärken. Immerhin handelt es sich lt. Landesrechnungshof um einen Betrag von rund 46,4 Mio. (2003). Im Gegensatz dazu stand die Position

der SPD, die auf ihrem Landesparteitag vom 16. Juni 2006 den Kreisen die Möglichkeit einer Eltern-

beteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung bis zu max. 30 % einräumte. Eine mögliche

Einnahmeverbesserung von bis zu elf Millionen Euro hätte sich hieraus für die kommunale Seite ergeben. Das neue Schulgesetz vom 9. Februar 2007 formuliert als Kompromiss der beiden Koalitionsfraktionen in § 114, die Verpflichtung der Kreise durch Satzung eine 30%ige Kostenbeteiligung der Eltern vorzusehen.

Jetzt müssen die Kreistage den Elternanteil in ihre Satzungen einarbeiten. So hat zum Beispiel der Kreistag von Rendsburg-Eckernförde diese Neuregelung bereits umgesetzt. Die Folge: Künftig ist zum Beispiel für Alt-Duvenstedter Kinder, die nach Rendsburg fahren, ein Eigenanteil von 75 € im Jahr fällig, und für Kinder aus Lütjenwestedt sind 180 € zu zahlen.



Regelbetrieb auf dem ZOB in Schleswig. Durch das bisherige System der geförderten Schülerfahrkarten ist der ÖPNV in den Flächenkreisen überhaupt möglich. (Foto Schulz)

Anzeige

1/2 Anzeige quer
Orgasoft

In Ostholstein geht die Landtags-abgeordnete Regina Poersch von einer Belastung bis zu 200 € aus. Dieses falsche Signal mit fatalen Auswirkungen für den ländlichen Raum führte zu einer erneuten Beschlussfassung des SPD-Landesparteitages im März 2007. Hierin fordert die SPD ihre Landtagsfraktion auf, sich für eine Rücknahme der 30-%-Beteiligung einzusetzen. Wenn Eltern aus Kostengründen ihre Kinder von der Schülerbeförderung abmelden, hätte dies erhebliche negative Folgen für das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr, denn nur über die Funktion als Schulbus ist der ÖPNV in den Flächenkreisen tragbar. Auch aus bildungspolitischen Grundsätzen wäre es falsch, neue finanzielle Hürden für den Schul-

besuch aufzubauen, statt Familien mit schulpflichtigen Kindern zu entlasten.

Am 26. März teilt der Fraktionsvorsitzende Lothar Hay in einer Presseerklärung mit: Wir bieten der CDU-Landtagsfraktion Gespräche mit dem Ziel an, die 30-%-Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten zurückzunehmen. Ob und wie die Koalitionsfraktionen in Sachen Schülerbeförderungskosten zu einem neuen Ergebnis kommen, bleibt abzuwarten. Die Möglichkeit einer freien Entscheidung in den Kreistagen wäre sicherlich eine Stärkung kommunaler Kompetenz. Ob und wie diese Möglichkeiten dann genutzt werden, hängt von den jeweiligen Kreis- tagsabgeordneten ab. Der Landes-

rechnungshof hat festgestellt, dass die Finanzierung der Schülerbeförderung selbst wenig transparent und mit einem aufwändigen Verwaltungsverfahren verbunden ist. Die Schülerbeförderung nach dem Schulgesetz umfasst die Fahrten vom Wohnort zur Schule und zurück. Inner-schulische Beförderungen zum Beispiel zu auswärts gelegenen Sportstätten oder Schwimmhallen gehören zum Unterrichtsaufwand und werden nicht unter die gesetzlich normierte Schülerbeförderung subsumiert. Die Kosten, die mit der 1979 eingeführten gesetzlichen Schülerbeförderung verbunden waren, wurden damals grundsätzlich zu je 1/3 vom Land, vom zuständigen Kreis sowie vom Schulträger finanziert.

1982 wurden die Landesmittel auf einen Betrag in Höhe von 11,1 Mio. festgeschrieben und als Vorwegabzug in den kommunalen Finanzausgleich überführt. Seit 1991 sind die ehemaligen Landesmittel Bestandteil der Festbeträge der Kreisschlüsselzuweisungen. Die Schülerbeförderungskosten der kreisangehörigen Schulträger verteilen sich auf 40 % durch die Kreise (finanziert durch die Kreisumlage), einem rechnerischen Landesanteil von 26 % (FAG), durch die Wohnortgemeinden zu 10 %, einem Eigenanteil der Eltern von 2 % und durch den Schulträger in Höhe von 22 %.

Gerhard Schulz



Verfall der Sitten – die Zweite

War in der Dezember-Ausgabe der DEMO noch zu lesen, ein zweites Mal werde sich Schwarz-Grün in Altona nicht blamieren, steht Bezirksamtsleiter Hinnerk Fock (F.D.P.) nach nur sechs Monaten Burgfrieden erneut im Kreuzfeuer der Abwahlstrategen. Sicherlich: Die Akteneinsicht am Rande einer Bezirksversammlung wegen einer freihändigen Auftragsvergabe förderte Merkwürdigkeiten zutage: Rück-

datierungen, fehlende Unterschriften von Zwischenvorgesetzten und im folgenden eine Selbstanzeige im Disziplinarverfahren zweier Dezernenten. Hinzu kommen Unterschleif in der Tiefbauabteilung und die Verquickung von Hauptamt und privater Erwerbstätigkeit eines Abteilungsleiters bei der Anschaffung von Behörden-PCs. Aber statt vom Bezirksamtsleiter glasklare Stellungnahmen und

konkrete Handlungsschritte mit dienst- und arbeitsrechtlichen Konsequenzen einzufordern, wollen CDU und GAL in Altona ein Dreivierteljahr vor der Bürgerschaftswahl den lästigen liberalen Rathauschef endlich loswerden. Aber wer will als gestandener Verwaltungsprofi für wenige Monate Amtsleiter von schwarz-grünen Gnaden werden mit dem Risiko nach der Wahl, wenn der Mohr seine Schuldig-

keit getan hat, im einstweiligen Ruhestand zu landen? Man müsste Richter mit Rückkehrrecht in die Justiz sein, aber der grün angehauchte scheint nicht schwarz genug und der schwarze Unbekannte nicht grün genug zu sein. Ob es da vor der Sommerpause tatsächlich zu einer Abwahl in Altona kommt? Fortsetzung folgt, wir werden berichten!

Hans-Peter Strenge



Senat kann nicht rechnen

„U4, Elbphilharmonie, Ortsumgehung alles teurer! Können die im Rathaus nicht rechnen?“ titelte vor kurzem eine große Hamburger Tageszeitung. Der CDU-Senat musste Kostensteigerungen bei den Verkehrsprojekten HafenCity U-Bahn U4 und Ortsumgehung Finkenwerder eingestehen.

Kostenexplosion vor dem ersten Spatenstich

Anders als bei der Elbphilharmonie, deren Kostensteigerungen

mit einer größeren Baumasse einhergingen, lagen den Infrastrukturvorhaben fehlerhafte Planungen zugrunde. Nun ist es leider nicht ungewöhnlich, dass große Bauvorhaben der öffentlichen Hand teurer werden. Ungewöhnlich ist es aber, dass die Kosten schon vor dem ersten Spatenstich explodieren. Noch vor Baubeginn wurden die Kosten der öffentlichen Hand für die Ortsumgehung Finkenwerder um 76 Prozent höher als zuvor geplant angegeben, bei der Elbphilharmonie um 48 Prozent und bei der

HafenCity-U-Bahn um 17 Prozent. Die Gründe dafür sind insbesondere bei den umstrittenen Verkehrsprojekten erschreckend, bescheinigen sie den Verantwortlichen doch entweder eine schlampige Planung bei der Erstellung der Kostenunterlagen, mangelnde Lernfähigkeit oder gezielte Desinformation. Dies wird besonders bei der HafenCity U-Bahn deutlich, deren unterirdische Trassenführung in Hamburg außer der CDU niemand will. Die Kostensteigerungen um 43 Millionen Euro auf fast 300

Millionen Euro werden auf steigende Stahlpreise, Entschädigungszahlungen für die Untertunnelung privater Grundstücke, Kosten für die Entsorgung von Bodenaushub und für die erforderliche Kampfmittelräumung zurückgeführt.

Schlamperei oder Täuschung?

Erstaunlich ist, dass Behörde und Hochbahn AG für die Stahlpreise verschiedene Bezugsjahre benennen, so dass diese Begründung schwer nachzuvollziehen ist.

Merkwürdig ist, dass die Kosten für die Grunddienstbarkeiten aufgrund der Unterquerung fremder Grundstücke in der Rechnung bislang fehlten, denn danach hatte die SPD-Fraktion in einer Großen Anfrage gefragt. Spätestens seit dem Bau der 4. Elbtunnelröhre oder dem Bau der Flughafen-S-Bahn müsste aber jedem Planer in der zuständigen Behörde bekannt sein, dass es etwas kostet, wenn fremde Grundstücke unterquert werden. Bei der Kampfmittelräumung weisen die Verantwortlichen darauf, dass aufgrund der neuen Bauordnung der Vorhabensträger dafür aufkommen müsse. Dies ist allerdings bereits seit 2005 bekannt. Unabhängig davon, ob die Stadt sie direkt oder die mit der U-Bahn-Planung beauftragte Hochbahn AG trägt, hätten sie in die Kalkulation eingehen müssen. Auch die Kosten für die Entsorgung kontaminierten Bodenaushubs sind nicht hinreichend

in die Rechnung eingegangen sind. Wer kommt auf die Idee, in ehemals gewerblich genutzte Hafentflächen einen Tunnel graben zu können, ohne auf kontaminierten Boden zu stoßen? Der Verdacht liegt nahe, dass die Kosten für die umstrittene HafenCity U-Bahn bewusst geschönt wurden. So wurde nicht nur die Öffentlichkeit an der Nase herumgeführt, sondern auch die Förderung mit Bundesmitteln wahrscheinlicher. Denn schon im Vorfeld wurde, um überhaupt einen für die Bundesförderung erforderlichen positiven Nutzen-Kosten-Faktoren zu erreichen, tief in die Trickkiste gegriffen: U-Bahn-Linienäste wurden auf dem Papier getauscht, um bevölkerungsreiche Stadtteile in die Rechnung einbeziehen zu können und die Planzahl der in der HafenCity entstehenden Arbeitsplätze wurde von 20.000 auf 40.000 verdoppelt. Zugleich wurde der zweite Bahnhof, der zur

Anbindung aller der zur Anrechnung gebrachten Arbeitsstätten erforderlich wäre, bei der Rechnung außen vor gelassen. Auch die in ihrer Trassenführung umstrittene aber unbedingt notwendige Ortsumgehung Finkenwerder ist aufgrund der Kostensteigerungen um 21 Millionen Euro erneut ins Gerede gekommen. Verantwortlich dafür ist neben Preissteigerungen unter anderem der schlechte Baugrund. 10.000 Jahre nach der letzten Eiszeit war es für die Verantwortlichen völlig überraschend, dass der Untergrund in Marschgebieten problematisch ist.

Wirksames Kostencontrolling fehlt

Unverständlich ist aber vor allem, dass die notwendigen Kostenunterlagen, die 2003 für den Haushaltsplan erstellt worden waren, in der Folge nie überprüft bzw. neu kalkuliert wurden. Sie

wurden offenbar unverändert drei Mal in neue Haushaltspläne übernommen, zuletzt in den für die Jahre 2007/2008. Ein Verstoß gegen die LHO, wie wir meinen. Deshalb sind alle seit längerem in den Haushalt eingestellten Projekte hinsichtlich der Kosten zu überprüfen. Deutlich wurde jedenfalls: Gelernt hat der Senat aus den Kostensteigerungen aus Projekten wie der Flughafen-S-Bahn nicht. Damals sollte eine unter Leitung des Baubehörden-Staatsrates tagende Task-Force mit einem Kostencontrolling das Großprojekt begleiten. Der damalige Staatsrat Gedaschko ist jetzt der Senator, der den Hamburgern das erneute Versagen beim Kostencontrolling zweier Großprojekte verkünden musste.

Jan Quast MdHB, Stadtentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Anzeige

1/2 quer
Taschenbuch Kommunal



Kommunalwahl 2008 in Schleswig-Holstein: Wer stellt wann wen auf? ... oder die Lehren aus Wiesbaden

Die Kommunalwahl am 25. Mai 2008 wirft ihre langen Schatten voraus. Da gilt es, sich rechtzeitig vorzubereiten, die Schwerpunkte für die lokale Wahlkampagne festzulegen wie auch das personelle Angebot zu benennen und in der Öffentlich-

keit zu präsentieren. Der wichtigste und für eine erfolgreiche Wahl unabdingbare Schritt ist es jedoch, das Kandidatenaufstellungsverfahren rechtlich einwandfrei und vor allem fristgerecht in die Wege zu leiten und durchzuführen. Die aus sozialde-

mokratischer Sicht verpatzte Bürgermeisterwahl in Wiesbaden lehrt uns: Der griffigste Wahlslogan, das bürgerfreundlichste und fortschrittlichste Programm und die überzeugendsten Kandidaten nützen uns nichts, wenn aufgrund von

Formfehlern oder Fristversäumnissen unsere Kandidaten zur Wahl gar nicht erst zugelassen werden. Für die Vorbereitung der Kommunalwahlen gelten daher folgende wichtige Zeitvorgaben und Fristen:

→ 31. Mai 2008	Ende der Amtszeit der Gemeindevertretungen und Kreistage
→ 1. Dezember 2006	Frühester Termin zur Aufstellung der Wahllisten: Die Wahlversammlung, also die Kandidatenaufstellung kann frühestens 44 Monate nach Beginn der laufenden Wahlperiode (1. April 2003) stattfinden.
→ ab 1. Juni 2006	Evtl. vorausgehende Parteiversammlungen, auf denen die Delegierten für die Wahlversammlungen in den Kreisen und kreisfreien Städten bestimmt werden, können frühestens 38 Monate nach Beginn der laufenden Wahlperiode stattfinden.
→ 25. Mai 2008	Kommunalwahltermin: Die Landesregierung hat am 18. April 2007 den 25. Mai 2008 als Kommunalwahltermin festgelegt.
ab 18. April 2007	Wahlbekanntmachung durch die Wahlleitung: Unmittelbar nach der Festlegung des Wahltermins fordert der Gemeinde- oder Kreiswahlleiter in der örtlich üblichen Form die Öffentlichkeit auf, Wahlvorschläge einzureichen. In dieser Aufforderung sind die individuellen örtlichen Gegebenheiten und die Fristen festgelegt.
7. April 2008, spätestens bis 18.00 Uhr	Einreichung der Wahlvorschläge bis zum 48. Tag vor der Wahl, 18.00 Uhr. Dies ist eine Ausschlussfrist!!! Werden die Wahlvorschläge auch nur eine kurze Zeit zu spät oder formfehlerhaft eingereicht, so werden die entsprechenden Kandidaten zur Wahl nicht zugelassen (siehe Wiesbaden). Es empfiehlt sich daher, die Wahlvorschläge einige Tage vorher einzureichen, damit etwaige Formmängel noch geheilt werden können.
ab 11. April 2007	Zusammentreten des Gemeinde- oder Kreiswahlausschuss: Der Ausschuss beschließt über die Zulassung der Wahlvorschläge am 44. Tag vor der Wahl
Ansprechpartner für Wahlrechtsfragen sind für die SGK Schleswig-Holstein	Thies Thiessen, Bismarckstraße 6, 25704 Meldorf, Tel. 04832-1211, Fax 04832-555541 E-Mail: Thies.Thiessen@Schleswig-Holstein.de Gerhard Schulz, c/o SPD-Büro Schleswig, Königstraße 4, 24837 Schleswig, Tel.: 04621/27110, Fax: 04621/29345, E-Mail: SGK-Landesverband-SH@spd.de



Unter diesem Banner verschickt der SPD-Landesverband in unregelmäßigen Abständen seinen Newsletter zur Kommunalwahl 2008.

Wer in diesen Email-Newsletter aufgenommen werden möchte, melde sich bitte unter SGK-Landesverband-SH@spd.de